Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 50 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif, für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 261. Sonntag, den 8. November 1925. 80. Jahrgang

Noch keine Räumung der Kölner Zone.

Tagesschau.

Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, die Räumung der Kölner Zone erst dann in Erwägung zu ziehen, wenn die Reichsregierung über verschiedene Fragen befriedigende Auskunft gegeben hat.

Die durch die Botschafterkonferenz angekündigte Note ist Freitag abend dem deutschen Botschafter von Hoesch überreicht worden.

* Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Freitag nachmittag für die Auflösung des Reichstags ausgesprochen.

* Spanien hat die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland abgebrochen und formell den Zollkrieg erklärt.

* Die Reichsregierung hat dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini zum Fehlschlagen des Attentats ihren Glückwunsch ausgesprochen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die Beratung der Botschafterkonferenz

Neuer Notenwechsel über Abrüstungsforderungen.

Paris, 6. November. (T.-U.) Die Botschafterkonferenz ist heute vormittag zur Beratung über die deutsche Abrüstungsnote zusammengetreten. Das bei Ausgang der Sitzung herausgegebene Kommunique besagt, daß von dem Gutachten des Interalliierten Militärkomitees zu der letzten deutschen Abrüstungsnote Kenntnis genommen wurde. Auf Grund dieses Berichtes hat die Botschafterkonferenz den Text einer Mitteilung festgesetzt, die dem deutschen Botschafter in Paris übergeben wurde.

Die Botschafterkonferenz bittet darin die deutsche Regierung um gewisse Aufschlüsse in der Hoffnung, daß die deutsche Antwort es den Alliierten erlauben werde, ein Datum für den Beginn der Räumung der Kölner Zone in Erwägung zu ziehen. Die Punkte, auf die sich die Anfrage der Botschafterkonferenz bezieht, sind folgende:

1. Neubildung des großen Generalstabes.
2. Neuorganisierung der Sicherheitspolizei.
3. Militärische Ausbildung der Jugendverbände.

Vor der Sitzung empfing Briand den Vorsitzenden Cambon und den englischen Botschafter Lord Crewe und den deutschen Botschafter von Hoesch. Der „Temps" hebt hervor, daß ein Datum für die Räumung der Kölner Zone nicht festgesetzt wurde. Davon könne überhaupt keine Rede sein, solange Deutschland nicht die letzten Abrüstungsverpflichtungen erfülle. Man könne annehmen, daß dies bis Ende des Jahres der Fall sein werde. Die Alliierten werden dann, sobald die Interalliierte Kontrollkommission offiziell die Ausführung der Abrüstungsklausel durch Deutschland festgestellt habe, feststellen, daß der Räumung der Kölner Zone nichts mehr im Wege stehe. Der „Intransigeant" will wissen, daß die deutschen Botschafter von Berlin aus angewiesen wurden, bei den alliierten Mächten wegen Erfüllung der in Locarno gegebenen Versprechen vorstellig zu werden.

Aus Kreisen der Pariser deutschen Botschaft wird erklärt, daß die heutige Unterredung des deutschen Botschafters nur im Rahmen der laufenden Verhandlungen erfolgte, die seit dem Ausgang der Konferenz von Locarno in Wiederholungen jede Woche stattfinden.

Noch immer Luftfahrtkontrolle.

Berlin, 6. November. Wie der „Täglichen Rundschau" aus Luftfahrtkreisen mitgeteilt wird, setzt das Luftfahrtgarantiekomitee seine Kontrollbesuche nicht nur bei Luftfahrzeugbaufirmen, sondern auch auf Flugplätzen und den Sportflugschulen nach wie vor fort. So besuchten in den letzten Tagen Vertreter dieses Komitees verschiedene westphälische Landungsplätze u. a. Münster und Paderborn. Dabei sollen sie sich vorwiegend für die Namen der Luftpolizeibeamten interessiert haben, die zur Ueberwachung des Luftdienstes auf Flugplätzen stationiert sind. Beanstandungen sind hier wie auch bisher nicht erfolgt.

Die Sozialdemokraten für Auflösung des Reichstages.

Berlin, 6. Nov. (Drahtb.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag nachmittag in dreieinhalbstündiger Sitzung den Bericht des Vorstandes über die politische Lage entgegengenommen und ist zu dem Beschluß gekommen, daß sie die Haltung des Fraktionsvorstandes billigt. In Bezug auf die Einberufung des Reichstages wird sich die Fraktion mit dem Reichstagspräsidenten Löbe in Verbindung setzen, von dem erwartet wird, daß er schon morgen Sonnabend zurückkehren könnte. Der Beschluß des Fraktionsvorstandes vom 28. Oktober ging bekanntlich dahin, daß sich durch den Austritt der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett an der scharfen Oppositionsstellung der Sozialdemokratie gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Die Sozialdemokratie, so hieß es in dem Beschluß weiter, kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Richtlinien erblickt, gegen die Stimmen der Deutschnationalen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befragung des Volkes vermittels der Auflösung des Reichstages.

Deutsche Volkspartei und Sozialdemokraten.

Berlin, 7. Nov. Die für Freitag nachmittag geplante Besprechung der sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Wels und Dr. Hilferding mit den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Curtius und Kempkes hat, wie von sozialdemokratischer Seite mitgeteilt wird, nicht stattgefunden. Dagegen ist der Abg. Hermann Müller am Freitag vormittag zum Reichsaußenminister Dr. Stresemann gebeten worden. Dem „Vorwärts" zufolge handelte es sich hierbei um eine Aussprache rein informatorischer Natur.

Indiskretionen.

Stresemanns Dresdner Presseempfang.

Der „Sächsische Zeitungsdienst" schreibt:

Durch die deutsche Presse, besonders durch die dem Außenminister Dr. Stresemann nahestehende, geht berechtigtermaßen ein Sturm der Entrüstung über Indiskretionen, die einige Zeitungen in Bezug auf die Rede, die Dr. Stresemann am Sonnabend voriger Woche in Dresden hielt, begingen. Dr. Stresemann hatte die sächsischen Pressevertreter zu einem Empfang geladen, bei welcher Gelegenheit er noch einmal seine Auffassung über Locarno darlegte, wobei er ausdrücklich um diskrete Behandlung des Gesagten bat. Schon am Abend desselben Tages brachte das Berliner „8-Uhr-Abendblatt" einen ausführlichen Bericht über die Rede Stresemanns. Der „Hamburger Korrespondent" und das „Leipziger Tageblatt" folgten mit weiteren Angaben aus der Rede Stresemanns und schließlich brachte die „Berliner Börsenzeitung" nun noch den ihr von ihrem Dresdner Korrespondenten ausdrücklich als vertraulich bezeichneten Bericht. Diese Indiskretionen müssen auf das allerpeinlichste berühren, weil sie jeder journalistischen Gepflogenheit hohnsprechen. Umsomehr ist es nötig, festzustellen, daß diese Indiskretionen nicht aus deutschnationaler Quelle stammen, obwohl die Stresemannschen Ausführungen den deutschnationalen Journalisten Veranlassung zu polemischer Behandlung gegeben hätten, z. B. die bei Tisch erfolgte Bewitzelung der „Tränen des Reichsministers Schiele". Die Indiskretionen sind ausschließlich auf Berichte von Journalisten zurückzuführen, die der Volkspartei und der Demokratischen Partei angehören. Eins aber muß noch festgestellt werden: Das stenographische Protokoll des W. T. B. ist nicht eine wörtliche Wiedergabe der etwa ¾-stündigen Ausführungen Dr. Stresemanns vor der Dresdner Presse. Es gibt auch nur Auszüge aus Dr. Stresemanns Rede wieder. Wenn jetzt aber weiter der Versuch gemacht werden sollte, das durch die Indiskretionen Bekanntgewordene abzustreiten, dann würden schließlich auch diejenigen gezwungen sein, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten, die bisher auf die Wünsche des Herrn Stresemann mehr Rücksicht genommen haben, als die ihm politisch Näherstehenden.

•

In einer Zuschrift an die Telegraphen-Union erklärt Dr. Stresemann u. a.: Tatsächlich habe ich in meinem Vortrag bei der Presse und in der anschließenden Diskussion, in der ich auf Anfragen der Pressevertreter antwortete, den Namen des Reichsministers Schiele überhaupt nicht genannt und mich mit irgendwelchen Vorgängen in einer Kabinettssitzung nicht befaßt. Ueber meine Ausführungen sind amtliche stenographische Niederschriften vorhanden, deren Wortlaut dies klar erweisen. . . . Wenn ich in einer privaten Unterredung, wahrscheinlich im Anschluß an die in politischen Kreisen oft erörterte Diskussion über die Stellung der deutschnationalen Minister im Kabinett davon gesprochen haben sollte, daß die deutschnationalen Minister ihre Zustimmung zu der Arbeit der Delegierten in Locarno ausgesprochen hätten, so ist diese Aeußerung wahrscheinlich hervorgerufen durch die Polemik, die sich an die Erklärung rechtsstehender Blätter über den seinerzeitigen Zwischenruf des Reichskanzlers im Auswärtigen Ausschuß knüpfte und die eine Zustimmung der deutschnationalen Mitglieder des Kabinetts zu dem gefaßten Kabinettsbeschluß in Abrede stellte oder diesen selbst als einen formellen Beschluß über die Berichterstattung des Außenministers aufgefaßt wissen wollte. . . . . Zu Angriffen gegen den Minister Schiele boten die übrigen irgendwelche Mitteilungen über seine Stellungnahme überhaupt keinen Anlaß, da weder in seinem Verhalten im Kabinett noch in seinem Verhalten bei seinem Abschied aus dem Kabinett irgend einer seiner Kollegen die Grundlage einer Kritik ihm gegenüber erblicken konnte.

Rundfunk und Locarno.

Auch Vertragsgegner müssen zu Worte kommen!

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, Professor Dr. Bredt, teilt uns mit, daß er in seiner Eigenschaft als ehrenamtliches Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft Deutscher Rundfunk wegen der Benutzung des Rundfunks durch den Reichsaußenminister Dr. Stresemann vorstellig geworden sei und verlangt habe, daß nun auch ein Gegner des Vertrages von Locarno zu Worte komme.

Das neue englische besetzte Gebiet.

Köln, 6. November. (Drahtber.) Wie Wolff's Hessischer Provinzdienst meldet, werden als neue Standorte für die englische Rheinarmee die Kreise Wiesbaden Stadt und Land, Langenschwalbach sowie die Städte Biebrich, Idstein und Königstein vorgesehen. Der englische Gebietsteil wird alle nassauischen Teile südlich der Lahn mit Ausnahme der Kreise Dies, St. Goarshausen, Rüdesheim und den besetzten Teil des Kreises Limburg umfassen.

Glückwunsch der Reichsregierung an Mussolini.

Berlin, 7. Nov. Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Rom meldet, hat der deutsche Botschafter im Namen der Reichsregierung Mussolini seinen Glückwunsch zum Fehlschlagen des Attentats ausgesprochen.

Weitere Verhaftungen in Italien.

Mailand, 6. Nov. (Drahtb.) Nach einer Meldung des Secolo wurden in Mailand zwei weitere Personen verhaftet unter der Anschuldigung, an der Ausarbeitung des Komplotts beteiligt zu sein. Außerdem wurde der Redakteur des „Popolo", dem offiziellen Organ der katholischen Volkspartei, Graglia, in Rom verhaftet.

Faschistentumulte in Triest.

Triest, 6. Nov. Als die Nachricht von der Aufdeckung des Mordanschlages gegen Mussolini bekannt geworden war, veranstalteten die Faschisten einen Demonstrationszug durch die Straßen. Nach Durchsuchung der Räume der oppositionellen Sera drangen um 10 Uhr abends 120 Faschisten in die Redaktion des slowenischen Blattes Edinost ein, richteten dort eine große Zerstörung an, warfen die Archive und Manuskripte auf die Straße und setzten den Maschinensaal in Brand. Der angerichtete Schaden beträgt ungefähr 800 000 Lire. Als gegen Mitternacht die Demolierung der Räume des „Edinost" in Laibach bekannt wurde, sammelte sich dort eine große Menschenmenge vor dem italienischen Konsulat an und brachte Schmährufe auf Mussolini und den Faschismus aus. Ein großes Polizeiaufgebot zerstreute die Demonstranten.